

## Zur Gemeinschaft verpflichtet

Die Zentralaussschußsitzung des Ökumenischen Rates der Kirchen

VON WALTER MÜLLER-RÖMHELD

### 1. *Der Ort und die allgemeinen Ereignisse*

Utrecht ist Ort zahlreicher kirchengeschichtlicher Ereignisse gewesen, und einige davon sind mit dem Ökumenischen Rat der Kirchen verbunden. Vom 13.—23. August 1972 fand dort die fünfundzwanzigste Zentralaussschußsitzung statt, auf der der Westinder Dr. Philip Potter zum dritten Generalsekretär des Rates gewählt wurde.

In der holländischen Stadt wurde 1938 die Verfassung des ÖRK entworfen und die offizielle Gründung vorbereitet, die dann erst zehn Jahre später in Amsterdam stattfinden konnte. In Utrecht wurde 1938 auch Dr. Willem A. Visser't Hooft zum ersten Generalsekretär des in Gründung befindlichen Ökumenischen Rates gewählt, dem sich der jetzige Erbe seines Postens tief verpflichtet fühlt. In Utrecht trafen sich 1958 Vertreter des Ökumenischen Rates und des Moskauer Patriarchats und bereiteten die Mitgliedschaft der Russischen Orthodoxen Kirche vor, die zu einer spürbaren Erweiterung der ökumenischen Gemeinschaft in den sechziger Jahren beitrug.

Die Routinesitzung des Zentralaussschusses hatte mehr als kircheninterne Bedeutung. Sie war in eine lokale ökumenische Situation eingebettet, die für die Zusammenarbeit zwischen Protestanten und Katholiken wegweisend ist. Seit 1968 ist die römisch-katholische Kirche Mitglied im Ökumenischen Rat der Niederlande, und die Delegierten hatten Gelegenheit, am Sonntag den 20. August u. a. auch in katholischen Kirchen des Gastlandes zu predigen. Zahlreiche Holländer, darunter viele Katholiken, benutzten die Gelegenheit, als Gäste an den Plenarsitzungen teilzunehmen. Prinzessin Beatrix nahm mit Prinz Claus an dem Eröffnungsgottesdienst teil und ehrte die Versammlung durch ein sorgfältig vorbereitetes und ausgewogenes Begrüßungswort. Durch eine Rede von Dr. Maurice Strong, dem Generalsekretär der Stockholmer Umweltschutzkonferenz, wurden die Einheit der Kirchen und die Einheit der Menschheit miteinander verbunden. Strong forderte, „die neue Ökologie muß zu neuen und weiter gefaßten Begriffen des Ökumenismus führen“. Sein Vortrag vor dem Plenum veranlaßte den Zentralaussschuß, die Nacharbeit zur Stockholmer Konferenz im Studienprogramm des Rates zu billigen.

Berater, Jugenddelegierte, Gäste sowie Delegierte-Beobachter von Nichtmitgliedskirchen nahmen an allen Veranstaltungen teil — eine Ausnahme bildete allein die Personaldiskussion in geschlossener Sitzung. Die römisch-katholische Kirche hatte die Patres John Long und Basil Meeking entsandt. Am letzten Montag der Sitzungen sprachen in einem als „privat“ bezeichneten Besuch die Kardinäle Alfrink und Willebrands, der eine örtlich, der andere sachlich für diese Sitzung auf katholischer Seite zuständig. Der Katholik Willebrands wurde vom Presbyterianer Blake mit orthodoxem Bruderkuß herzlich begrüßt. Am Rande der Sitzung im modernen „Prinzessin-Beatrix-Gebäude“ der Utrechter Messe erfreute eine teils langmähige, teils langberockte Gruppe der „Kinder Gottes“ die Teilnehmer mit ihren Songs. Ebenfalls außerhalb des offiziellen Programms gab der portugiesische Pater Luis Alfonso da Costa auf einer Pressekonferenz eine dokumentierte Darstellung über Zivilistenmorde durch die portugiesische Armee im Aufstandsgebiet von Mozambique. Die Organisation lief reibungslos, einen scharfen verbalen Angriff gab es allein wegen der Unterbringung der Delegierten in einem aufwendigen, allerdings äußerst günstig gelegenen Hotel und der Kosten des Abschiedsmahls für den scheidenden Generalsekretär, zu dem jeder eingeladen war.

## 2. *Verpflichtung zur Gemeinschaft*

Die Stimmung in Utrecht war frei von jedem Triumphalismus über das in der ökumenischen Bewegung bereits Erreichte. Angesichts der Zurückhaltung der römisch-katholischen Kirche waren die Erwartungen gedämpft, und in der Beurteilung der gegenwärtigen Entwicklung herrschte Skepsis. Aufgabe, Auftrag, Verpflichtung waren die vorherrschenden Termini, und es ist bezeichnend, daß Dr. Lukas Vischer in seinem Bericht über die Tätigkeit der Gemeinsamen Arbeitsgruppe zwischen Vatikan und ÖRK vom Bild der sieben fetten und sieben mageren Jahre ausging. Man tue aber gut daran, sagte der Direktor von Glauben und Kirchenverfassung, die Frage nach fetten oder mageren Jahren „überhaupt nicht zu beantworten, sondern von Jahr zu Jahr auf die Ernte zu warten, die Gott uns geben will“. Der Auftrag zu pflanzen könne nicht von den Chancen des Erfolges abhängig gemacht werden.

Was in Lukas Vischers Haltung und Bericht zum Ausdruck kam, bezeichneten Visser 't Hooft und Bischof Sarkissian — einer der Hauptreferenten — mit der christlichen Demut, die nun von der ökumenischen Bewegung mehr denn je benötigt werde. „Von der Ungeduld zur Demut“ war der Untertitel von Sarkissians Referat, einem pastoralen Beitrag zu den gegenwärtigen ökumenischen Problemen in orthodoxer Gesinnung. Visser 't Hooft sieht den einzig verlässlichen Weg zur Einheit in der Demut und im Selbstopfer, in dem Weg also, den Christus gewählt hat. Der jetzige Ehrenpräsident verwies in seiner

Predigt zur Eröffnung auf die gegenwärtige kritische Betrachtung der Ökumene bei Außenstehenden und die Zweifel daran, daß die ökumenische Bewegung zu einer radikalen kirchlichen Erneuerung fähig sei. Die Kernfrage an uns laute aber, „ob die Ökumene ein Mandat ist, das Gott uns auferlegt hat, oder ob sie eine von der jeweiligen Stimmungslage abhängige menschliche Erfindung ist“.

Im Mittelpunkt der Betrachtungen von Utrecht stand das Kreuz Christi. Die Beziehung zwischen ökumenischer Bewegung und dem Kreuz als Angelpunkt der Geschichte wurde nicht nur von Visser 't Hooft nachdrücklich betont, sie klang auch in der ersten Rede von Philip Potter und dem Brief an die Mitgliedskirchen an. Jürgen Moltmann sprach von der „Identität der Kirche im gekreuzigten Christus“, und in der Gruppendiskussion wurde dieser Gedanke immer wieder aufgegriffen — bezeichnend für die jetzige Situation der ökumenischen Bewegung, aber nicht alleinbestimmend.

Die beiden Referate von Karekin Sarkissian und Jürgen Moltmann sind Deutungen der zukünftigen ökumenischen Aufgabe gewesen, wenn auch in durchaus unterschiedlicher Weise. Sarkissian geht es mehr um die Beziehungen innerhalb der ganzen Kirche, als Orthodoxer sieht er zunächst die Ganzheit, die Gemeinschaft im Herrn, die Inkarnation. Die Einheit der Kirche ist eine Gabe Gottes, sie ist die absolute Gegebenheit. Gottes Menschwerdung besitzt ihre Wirklichkeit in der Kirche. Die Einheit der Kirche ist durch die Spaltungen und Krisen nicht zerstört. „Die Wunden verschwanden nie vom Leib Christi. Doch der Leib zerbrach nicht.“ Die kirchliche Gemeinschaft wird durch die Taufe gegründet, und diese führt „normalerweise zur Teilhabe an der eucharistischen Gemeinschaft“ — mit diesem Zitat greift Sarkissian ein Ergebnis der Konferenz von Löwen auf und identifiziert sich damit.

Sarkissian nähert sich noch an einer anderen entscheidenden Stelle den Ergebnissen der Arbeit von Glauben und Kirchenverfassung. Hinsichtlich der „ekklesiologischen Bedeutung“ der ökumenischen Gemeinschaft schwankt er in der Beurteilung der Konziliarität, aber er setzt sich damit auseinander. Der ÖRK sei „kein Konzil, nicht einmal die embryonale Form eines Konzils der Kirche“. Die Vollversammlung aber ist „voller geistlicher Vorgesmack eines künftigen Konzils“, und er schreibt der Koinonia der Kirchen ekklesiologische Bedeutung für die lokalen Kirchen zu. Im ÖRK sieht er die „Teilnahme am gegenseitigen Ethos“, und er hebt die „Fortschritte im Wachstum unserer Gemeinschaft“ hervor. Die Ausführungen Sarkissians, in denen positiv von Konziliarität, von konziliarem Prozeß und von der Bedeutung der lokalen, regionalen und ökumenischen Räte gesprochen wird, sind in der Bewertung der Formen nicht eindeutig. Die Diskussion dreht sich buchstäblich um die Konziliarität, aber eine Definition fehlt. Die Frage, „ob der ÖRK eine Präfiguration

eines ökumenischen Konzils sei“, hält Sarkissian für voreilig, solange eine eindeutige und sofortige Antwort erwartet werde, man müsse die Frage aber im Auge behalten.

Nach dem scharfen Angriff der Orthodoxen auf das Konzept der Konziliarität in Canterbury vor drei Jahren erscheint Sarkissians Vortrag entgegenkommend, wenn auch in Einzelheiten verschwommen. Vier Feststellungen erscheinen jedoch zulässig: 1. Die Taufe begründet prinzipiell auch eucharistische Gemeinschaft. 2. Der ÖRK ist noch kein ausreichendes Instrument kirchlicher Einheit. 3. Das Konzept der Konziliarität wird von diesem Vertreter der Orthodoxie zurückhaltend beurteilt, aber nicht grundsätzlich abgelehnt. 4. Die ökumenische Gemeinschaft ist letzten Endes eine Gabe des Heiligen Geistes.

Der anschließende Vortrag von Jürgen Moltmann sah kirchliche Gemeinschaft ganz anders. „Dienst“ der Kirche und „Partnerschaft“ in der Welt waren bei Sarkissian nur angeklungen, seine Überlegungen hatten der kirchlichen Struktur gegolten. Moltmann betonte, daß er als politischer Theologe spreche. Der umfassenden, aber strukturell kaum erfäßbaren Existenz des Leibes Christi wurde eine Kirche gegenübergestellt, die überall präsent ist, „wo sie von ihm in der Welt erwartet wird“. Die orthodoxen Zuhörer mußten in diesem Referat etwas von dem sehen, vor dem Sarkissian gewarnt hatte: „Laßt uns den Versuch aufgeben, selbstherrliche Baumeister der ökumenischen Bewegung zu sein.“ Moltmann fand gerade bei den Vertretern der Dritten Welt viel Anklang, er vertritt eine Linie, die der Meinung des überwiegenden Teils der Delegierten entsprechen dürfte: Die Kirche ist in der Welt zur Verantwortung gerufen. Ging es Sarkissian im wesentlichen um das Verhältnis der Kirchen zueinander, so herrscht hier die Beziehung der Kirchen zur Welt. Moltmann schlug zukunftsorientierte Aktionen und Entscheidungsinstanzen zur Sicherung des Weltfriedens und der Zukunft der Menschheit vor. Seine Orientierungspunkte waren ökumenische und Weltinnenpolitik. Die Solidarität der Gemeinschaft muß gegenüber der Loyalität zur eigenen Nation Vorrang besitzen. Entsprechendes gilt auf kirchlicher Ebene. Moltmann verwies auf die „Universalität der Hingabe Gottes in Christus für alle Menschen“. Auf dieser Grundlage versteht sich auch gegenseitige menschliche Offenheit von selbst — auch gegenüber Vertretern anderer Religionen und Ideologien. Nur diejenigen lehnten den Dialog ab, „die entweder Angst um den eigenen Glauben haben oder die Wahrheiten Israels, des Buddhismus und Marxismus auslöschen wollen. Im Dialog aber verliert man nicht seinen Standpunkt, sondern profiliert ihn“.

Die Möglichkeit der Konziliarität der Kirchen setzt Moltmann voraus. Die „Zwangslage der Menschheit“ wird das Konzil einberufen. Die Kirche muß „vorangehen und vorgreifend für den Frieden der Menschheit handeln“. Die

Konziliarität wird hier ganz konkret als Voraussetzung für die Zukunft der Menschheit gewertet, aber auch hier fehlt die Präzisierung dessen, was strukturell gemeint ist. Die beiden Hauptreferate zeigten die Spannweite der ökumenischen Diskussion. Moltmanns „fellowship“ ist die tätige Gemeinschaft im Dienst an der Welt, Sarkissian konzentriert sich auf die Kirche. Reformatorischer und orthodoxer Denkansatz, Tat- und Gnadenchristentum — beides gehört zum Bild der Ökumene. Sarkissian leistet einen wertvollen Beitrag zur innerorthodoxen Debatte um die Konziliarität, Moltmann zur Auseinandersetzung zwischen Horizontalisten und Vertikalisten, denn er hat beide Aspekte verbunden. Kirchliche Gemeinschaft aber ist beiden Referenten kein Problem der Kirchenpolitik oder kirchlicher Funktionäre, sondern Aufgabe und Verpflichtung aller Christen.

### 3. Kirchengemeinschaft

Zentralausschußsitzungen sind Bestandsaufnahmen kirchlicher Gemeinschaft. Diesmal konzentrierte sie sich vor allem an drei Stellen. Erstens gab es mit dem Referat von John Deschner einen systematischen und weitgehend statistisch belegten Überblick über „Schritte auf dem Weg zur Einheit der Kirche“. Zweitens kulminierte die Frage im Bericht über die Gemeinsame Arbeitsgruppe des Vatikans und des ÖRK von Lukas Vischer und im Bericht des Generalsekretärs über die Beziehungen zu Rom. Die dritte Stelle ist der Brief an die Mitgliedskirchen, in dem gleichzeitig der Stand der innerökumenischen Gemeinschaft deutlich wurde. Außerdem war die gewachsene Gemeinschaft des Ökumenischen Rates an vielen anderen Ereignissen abzulesen, nicht zuletzt an der einstimmigen Wahl von Philip Potter zum Generalsekretär und den Entscheidungen zum Antirassismus-Programm. Die drei genannten Punkte zeigen die verschiedenen Problemkomplexe, die anstehen. Im ersten geht es um bilaterale und multilaterale Verhandlungen zwischen Kirchen, im zweiten um die Beziehung zwischen dem Ökumenischen Rat und einer Großkirche, die mehr Mitglieder hat als die Kirchen des ÖRK, und im dritten um die Beziehung innerhalb der ökumenischen Gemeinschaft.

John Deschners Referat hob sich durch den positiven Grundton von vielen anderen Äußerungen ab. Er belegte seine positive Deutung der gegenwärtigen Situation durch statistische Angaben über Kirchenunionen und zwischenkirchliche theologische Gespräche, von denen die Mehrzahl fruchtbar zu sein scheint. Visser 't Hooft meldete sich sofort nach Abschluß des Vortrags zu einem Lob für die Ergebnisse. Kirchenunionsverhandlungen, nach Deschner der „klassische Ökumenismus par excellence“, machen in der Dritten Welt, vor allem in Asien, gute Fortschritte. Bei negativem Verlauf, der vorwiegend in nordatlantischen Ländern festzustellen sei, bleiben die nichttheologischen sozialen und admini-

strativen Faktoren ebenso bedeutsam wie die theologischen. Unter letzteren werden besonders der „evangelikale Konservatismus“ und die traditionellen Fragen von Glauben und Kirchenverfassung erwähnt. Orthodoxe und römische Katholiken sind an Kirchenunionen nicht beteiligt, wohl aber an etwa der Hälfte der bilateralen interkonfessionellen Gespräche, über die John Deschner aufgrund der Forschungsergebnisse von Nils Ehrenström und Günther Gaßmann (*Confessions in Dialogue*, Genf 1972) berichtete. Er unterscheidet zwischen dem klassischen Ökumenismus und dem zeitgenössischen Ökumenismus, der dazu aufruft, gemeinsam die Forderungen dieser Zeit zu erfüllen. Deschner betont wieder die Beziehung zwischen Einheit der Kirche und Einheit der Menschheit und beruft sich auf die Ergebnisse von Uppsala und Löwen. Neben seinen Erwägungen zur Konziliarität stehen bei Deschner die strukturellen Vereinigungen, die sich auch in den Veränderungen in der Mitgliedschaft des ÖRK zeigen. Durch Verselbständigung ehemals abhängiger Kirchen wird das zahlenmäßig allerdings mehr als ausgeglichen.

Einer der Beitritte, über den in Utrecht abgestimmt wurde, betraf die neuvereinigte Kirche von Nordindien, von der zwei Partner bereits vorher Mitglied des ÖRK waren. Die Zahl der Mitgliedskirchen im ÖRK beträgt nun einschließlich der „angeschlossenen“, d. h. Klein-Kirchen, 261, ist also weiter gewachsen. Die Beziehung zu den beiden Außenseitern mittlerer Größe: Missouri-Lutheraner und Südliche Baptisten in den USA, wird gegenwärtig nicht diskutiert, dagegen ergab sich schon aus der lokalen Situation immer wieder die Frage nach den zukünftigen Beziehungen zur römisch-katholischen Kirche.

Unter dem Titel „Strukturen der Beziehungen zwischen der römisch-katholischen Kirche und dem Ökumenischen Rat der Kirchen“ war vor Beginn der Sitzung ein Bericht veröffentlicht worden, dessen Vorwort gemeinsam von Kardinal Willebrands und Dr. Eugene Carson Blake gezeichnet wurde (s. S. 528 ff.). Es ist ein Studiendokument, in dem schon im Vorwort gesagt ist, daß mit einem Antrag auf Mitgliedschaft von Seiten der römisch-katholischen Kirche vorläufig nicht zu rechnen sei. Blake sprach in seinem Rechenschaftsbericht als Generalsekretär von der anomalen Lage, in der sich die Beziehungen gegenwärtig befinden, und von der Notwendigkeit, die Funktion der Gemeinsamen Arbeitsgruppe zu überprüfen. Die Gefahr besteht, daß sich die institutionalisierte Gemeinsame Arbeitsgruppe zu einem Alibi einer tatsächlich nicht vorhandenen Zusammenarbeit auswächst. Die Verbindung in der jetzigen Form beinhaltet keine Verpflichtung, sie ist ein Provisorium, und das Bewußtsein dafür muß erhalten bleiben.

Im Bericht über die Tätigkeit der Gemeinsamen Arbeitsgruppe von Lukas Vischer (s. S. 521 ff.) wurde von der geplanten theologischen Zusammenarbeit

auf dem Gebiet der Erziehung und über die Rolle der Frau in der Kirche gesprochen. Die Überlegungen für die Zukunft sind aber grundsätzlicher Natur. In Utrecht wurde deutlich, daß Beziehungen auf der obersten Ebene von Rom nicht gefördert werden, daß aber auch die brüderliche Begegnung auf der unteren nicht sanktioniert ist. Die Partner verkehren privat miteinander. Kardinäle kommen zur Besuchsstunde zu einer Sitzung des Zentralaussschusses, der Generalsekretär war zuletzt im Juni zur Privataudienz von Papst Paul VI. empfangen worden und hatte „Gelegenheit, die Probleme und Fragen unserer Beziehungen in freimütigem und ungezwungenem Meinungsaustausch zu erörtern“. Die Formlosigkeit dieser Beziehungen wäre erfreulich und fruchtbar, gingen sie nicht völlig an der kirchlichen Realität vorbei. Die römisch-katholische Kirche ist an der theologischen Arbeit des Rates, vor allem an Glauben und Kirchenverfassung beteiligt, und es gibt Konsensus in Einzelfragen, der aber unverbindlich bleibt. Die Gemeinsame Arbeitsgruppe bedeutet zwar eine regelmäßige Zusammenarbeit, aber sie steht auf einer zu niedrigen hierarchischen Ebene, als daß von ihr Einfluß ausgehen könnte. Vorsitzende sind Pater Dr. Jérôme Hamer und Pfarrer Dr. Lukas Vischer. SOPEPAX, die gemeinsame Kommission für Gesellschaft, Entwicklung und Frieden, wurde finanziell und personell stark beschnitten, statt dessen sind der Stab der Päpstlichen Kommission für Gerechtigkeit und Frieden in Rom und die Kommission für kirchlichen Entwicklungsdienst in Genf verstärkt worden.

Lukas Vischer hat in seinem Bericht über die Gemeinsame Arbeitsgruppe auch die nationalen und lokalen Räte besonders hervorgehoben. In Holland besteht ein nationaler Rat, in anderen Ländern, z. B. Großbritannien, USA und der Bundesrepublik Deutschland, wird mit römisch-katholischer Beteiligung in Kürze gerechnet. Die nationalen Räte haben sehr unterschiedliche Voraussetzungen. Es ist sicher kein Zufall, daß ein Tag nach der Eröffnung der Zentralaussschußsitzung in einem Interview mit Kardinal Alfrink im holländischen Fernsehen an die ablehnende Haltung Roms gegenüber den Räten erinnert wurde. Bisher haben die nationalen und lokalen Räte strukturell weder im Vatikan noch im ÖRK einen Platz. Sie werden stillschweigend geduldet. Für den Vatikan bedeuten sie eine Schwächung der Bischofsgewalt und laufen überhaupt der traditionellen Ordnung zuwider. Im ÖRK sind nationale Christenräte „angeschlossene“ Einrichtungen, ihre Vertreter besitzen nach der Verfassung kein Stimmrecht, was übrigens auch für die Generalsekretäre der regionalen Räte (Gesamtafrikanische Kirchenkonferenz, Ostasiatische christliche Konferenz u. ä.) gilt; sie kommen als Berater. Die Zuordnung des Referats für die Beziehungen mit Christenräten zu Einheit III „Bildung und Kommunikation“ in der neuen Struktur des ÖRK beweist, wie wenig diese ökumenische Ebene bisher beachtet wurde. Auch in der Zentralaussschußsitzung in Utrecht

bedurfte es eines Antrags aus dem Plenum, um die Arbeit des Referenten, Pfarrer Victor E. W. Hayward, hervorzuheben. Victor Hayward wird in Kürze den Genfer Stab verlassen, und dann erhebt sich die Frage, ob dem Referat mehr Beachtung geschenkt und seine Stellung in der Struktur aufgewertet wird. Das Verhältnis dieser Räte zum ÖRK muß erst enger werden, bevor zu erwarten ist, daß sich auch der Vatikan mit ihnen auseinandersetzt. Die Räte sind als vorläufige Strukturen beweglicher als die Kirchen, letztere sehen in ihnen aber eine Einschränkung der eigenen Autorität. Räte könnten Übungsfelder der Konziliarität darstellen und den Spielraum des demokratischen und synodalen Prozesses zwischen der kirchendiplomatischen und persönlichen Bindung erproben. Dazu bedürften diese Zwischenformen aber größerer finanzieller und administrativer Unabhängigkeit.

Der Brief an die Mitgliedskirchen faßt das Ringen um die Definition von Gemeinschaft in Utrecht zusammen. Nach diesem Dokument ist der ÖRK eine wachsende, eine aktive und eine suchende Gemeinschaft. Von einem neuen Vertrauensklima wird gesprochen, von den Fortschritten auf dem Gebiet von Glauben und Kirchenverfassung. Trotz deutlicher Meinungsverschiedenheiten sei die Gemeinschaft gewachsen. Offener miteinander zu sprechen, besser und demütiger einander zuzuhören und das Amt der Versöhnung in einer Welt des Streits auszuüben — diese Ansprüche stellt der Brief, und er fordert die Kirchen abschließend auf, die Anregungen und Beschlüsse auch in die Tat umzusetzen. Der Brief wurde eifrig diskutiert. Sollte er überhaupt verschickt werden oder nur Teil des Protokolls sein? Ist er nicht zu optimistisch? Letztere Frage ist bezeichnend für die nüchterne Stimmung dieser Tage, für die Abwicklung der Entscheidungen unter einem formalen Abstimmungsmechanismus. Zeitweilig ist am ÖRK dessen angloamerikanischer Diskussionsstil kritisiert worden; dazu besteht heute kaum noch Veranlassung, denn er wird ab und zu durchbrochen, und es bestehen Bestrebungen, dem ÖRK eine neue Geschäftsordnung zu geben. Ekklesiologisch und theologisch hat die Debatte in Utrecht keine Novitäten erbracht — trotz der ausgezeichneten Referate von Deschner, Moltmann und Sarkissian und der Gruppendiskussion unter Kent Knutson. Es fehlte ein prophetischer genialer Entwurf. Die Hoffnungen richten sich auf die Ende des Jahres beginnende Weltmissionskonferenz in Bangkok unter dem Thema „Das Heil der Welt heute“.

So unterschiedlich volle römisch-katholische Teilnahme auch innerhalb der bisherigen Mitgliedskirchen beurteilt werden mag, so fasziniert sie doch die ökumenischen Überlegungen. Die Frage, ob und wie das zustande kommt, muß die Kirchen auch beschäftigen, wenn vorläufig nicht mit einem Aufnahmeantrag gerechnet werden kann. Das schafft heilsame Unruhe und ein Gegengewicht zur Vorstellung, der ÖRK stelle eine einflußreiche Institution dar. Im

Brief an die Mitgliedskirchen weist der Zentralaussschuß den Vorwurf zurück, der ÖRK habe begonnen, „Druck auf die Kirchen auszuüben, um sie zu bestimmten gesellschaftlichen und politischen Aktivitäten zu bewegen“. Davon kann bisher kaum die Rede sein, und diese Gefahr ist auch bei der Vielfalt der verschiedenen Positionen in Zukunft gering.

#### 4. Pläne und Beschlüsse

In Utrecht standen die Vorbereitungen für die Fünfte Vollversammlung des Ökumenischen Rates auf dem Programm. Sie soll vom 20. Juli bis 10. August 1975 in Djakarta stattfinden. Nach einer Audienz beim indonesischen Staatspräsidenten lud General Simatupang nun offiziell dazu ein, bat aber gleichzeitig um Nachsicht für eventuelle organisatorische Schwierigkeiten. Als Thema war zunächst vorgeschlagen „Zur Freiheit hat uns Christus befreit“ und die Unterteilung in „Bekenntnis zu Christus heute“ und „Der Beitrag der Kirche zur Weltgemeinschaft“. Über die endgültige Formulierung des Hauptthemas war jedoch keine Einigung möglich. Gerade in Holland lag es nahe, vor der Möglichkeit einer Mißdeutung im nationalen Kontext zu warnen und Freiheit als „Befreiung wovon“ mißzuverstehen. Diese politische Deutung wird nicht ganz ausgeschlossen, sollte aber nicht im Vordergrund stehen. Das Bild der Befreiung gemäß Lukas 4, 14—21 war bestimmend, und nicht ein billiges Revolutionsschlagwort. Gedacht wird an die Befreiung zur Teilnahme am göttlichen Erbe (Eph 2, 19); Freiheit zur Gemeinschaft. Professor Berkhof machte darauf aufmerksam, daß das Wort von der Befreiung nicht im Mittelpunkt des Neuen Testaments steht. Die Kirchen sind aufgefordert, sich an der Formulierung und der Diskussion eines Vollversammlungsthemas schon jetzt zu beteiligen. Auch von der Konferenz von Bangkok wird Deutungshilfe erwartet. Die Entscheidung über den Wortlaut wird auf der Zentralaussschußsitzung in Helsinki 1973 fallen.

In Utrecht berichteten zum erstenmal die Vorsitzenden der neuen Abteilungsausschüsse über die Erfahrungen mit der Struktur der drei Einheiten. Die neue Einteilung wurde im allgemeinen als geglückt bezeichnet, die einzige Ausnahme stellt Einheit III „Bildung und Kommunikation“ dar, deren Neuordnung dem neuen Generalsekretär vorbehalten bleibt. — Der Bericht des Prioritätenausschusses verlief nach den früheren Befürchtungen mehr als glimpflich, wesentliche Programm Kürzungen waren diesmal dank starker finanzieller Unterstützung von den Mitgliedskirchen, darunter auch den deutschen, nicht nötig. Der Prioritätenausschuß wird seine Funktion behalten und in Zusammenarbeit mit dem neuen Generalsekretär Stab und Programm ständig hinsichtlich der sachlichen und finanziellen Gegebenheiten überprüfen.

Der Stab des ÖRK geht einer durchgreifenden Veränderung entgegen. Eine

Reihe von Kündigungen wurden bereits bekannt, bevor der neue Generalsekretär ernannt war. Einige langjährige, bewährte Mitarbeiter werden Genf im Laufe der nächsten zwei Jahre verlassen, außerdem wird grundsätzlich auf kürzere Anstellungsverträge und stärkere Internationalisierung hingewirkt. M. M. Thomas hat in seinem Rechenschaftsbericht darauf verwiesen, daß die internationale Zusammensetzung des Genfer Stabes besonders auf der Ebene der leitenden Mitarbeiter viel zu wünschen übrig läßt. Der Zentralaussschußvorsitzende hält eine „radikale Dezentralisierung des Ökumenischen Rates“ für möglich. Diese Aussagen sind vor der Wahl Potters gemacht worden, und es ist deshalb zu hoffen, daß das Problem damit gelöst ist bzw. von ihm gelöst wird. Die bisherigen Erfahrungen mit dem Ostasienbüro des Ökumenischen Rates, das bis zur Gründung der Ostasiatischen Christlichen Konferenz immer wieder theoretisch bestätigt wurde, und die früheren Probleme eines starken Büros in London und New York zeigen, daß die Dezentralisierung der Selbstauflösung einer weltweiten Organisation nahekommt. Es ist kaum anzunehmen, daß eine solche Entscheidung den Beziehungen der Mitgliedskirchen zueinander oder gemeinsam zur römisch-katholischen Kirche nützen würde. Es würde zu weit führen, hier das in Utrecht genehmigte Studienprogramm der Einheit I „Glaube und Zeugnis“ aufzuführen, wesentliche Änderungen gegenüber bisher sind nicht eingetreten (s. Ökumenische Rundschau Okt. 1971, S. 412 ff.). Die Studie von Glauben und Kirchenverfassung über „Die Rechtfertigung der Hoffnung, die in uns ist“ und die von Kirche und Gesellschaft „Die Zukunft des Menschen und der Gesellschaft in einer technisch-wissenschaftlichen Welt“ sollen mit der Weltmissionskonferenz in Bangkok verbunden werden, von der auch weitere Anregungen für den Dialog mit Vertretern anderer Religionen und Ideologien zu erwarten sind.

Die gewichtigen Beschlüsse der Zentralaussschußsitzung betrafen die Einheit II „Gerechtigkeit und Dienst“, in der die Abteilung für zwischenkirchliche Hilfe, Flüchtlings- und Weltdienst, das Programm zur Bekämpfung des Rassismus, die Kommission der Kirchen für internationale Angelegenheiten und die Kommission für kirchlichen Entwicklungsdienst vereint sind. Zur Lage in Nordirland wurde keine neue Erklärung abgegeben, das bleibt dem Generalsekretär überlassen. Wegen der Ausweisung der Asiaten aus Uganda erhielt die Kommission der Kirchen für internationale Angelegenheiten (KKIA) den Auftrag, angemessene Maßnahmen zu gegebener Zeit zu ergreifen; es wurden Telegramme an General Amin und an Premierminister Heath geschickt. Die Probleme der Asiaten werden nicht im Antirassismus-Programm aufgenommen, weil es sich mit weißem Rassismus beschäftigt. Der Zentralaussschuß nahm eine Erklärung zur allgemeinen Gültigkeit der Menschenrechte an und forderte die Kirchen auf, die entsprechenden internationalen Konventionen zu unterstüt-

zen. In einer Erklärung sprach sich der Zentralausschuß zugunsten der Vereinten Nationen aus, als die „hauptsächliche Organisation der Weltgemeinschaft, in der die ganze Breite aller Kulturen und sozialen Systeme widergespiegelt wird“. Auch die Lage in Europa war Gegenstand befürwortender Aufmerksamkeit, und man begrüßte die Anzeichen einer Entspannung in Europa und die Vorschläge zu einer europäischen Sicherheitskonferenz, an deren Vorbereitung sich auch die Konferenz Europäischer Kirchen aktiv beteiligen will. Der ÖRK gab ferner durch seinen Zentralausschuß „seiner tiefen Besorgnis über die ungelöste Lage im Nahen Osten Ausdruck“. Auch die Rhodesienfrage blieb auf Veranlassung der Gesamtafrikanischen Kirchenkonferenz Gegenstand einer politischen Erklärung des Ausschusses.

Drei Projekte betrafen vorwiegend finanzielle Unterstützung, als erstes eine Stiftung für Wiederaufbau und Versöhnung in Indochina. Sie soll zusätzlich zu den bisherigen kirchlichen Leistungen den Bewohnern von Laos, Nord- und Südvietnam helfen, ihre Leiden zu lindern und ein neues Selbstbewußtsein zu entwickeln. Diese Stiftung soll innerhalb der Programmeinheit II administrativ weitgehend selbständig sein. Der zweite Spendenaufruf gilt einer Bekräftigung des Appells an die Kirchen, sich in Ergänzung der bereits für Mission und andere regelmäßige Programme vorgesehenen Beträge mit 2 % des regulären Budgets an Entwicklungsprojekten zu beteiligen. Ziel dieser Aktion ist es auch, auf die Verantwortung der Christen für die Entwicklung hinzuweisen, die nicht ausschließlich finanzieller Natur ist. Die dritte finanzielle Aufforderung galt dem Sonderfonds für die Bekämpfung des Rassismus, d. h. also den Mitteln, die den Kirchen oder entsprechenden Institutionen für Programme zur Bekämpfung des Rassismus zur Verfügung gestellt werden und die keine regelmäßigen Aufwendungen für die laufenden Ausgaben des Antirassismus-Programms betreffen. Der Sonderfonds, dessen bisherige Grenze von einer halben Million Dollar bereits überzeichnet ist, vor allem Zuwendungen aus Holland und der Bundesrepublik Deutschland, soll auf eine Million Dollar erhöht werden.

Im Rahmen des Antirassismus-Programms wurden die Kirchen in Utrecht ferner aufgefordert, sich gegen die Auswanderung von Arbeitskräften nach Südafrika auszusprechen, weil diese zur weiteren Verstärkung des rassistischen Systems beitragen. Zu einer längeren Diskussion kam es in Utrecht darüber, wie die Unterdrückung der nichtweißen Mehrheit in Südafrika durch wirtschaftliche Maßnahmen und Empfehlungen der Kirchen gewaltlos entgegenwirkt werden kann. Zur Entscheidung standen die Investitionen des ÖRK und der Kirchen in Südafrika und in Geld- und Wirtschaftsinstitutionen, die dort engagiert sind. Der Finanz- und der Weisungsausschuß kamen zu verschiedenen Ergebnissen, auch die Meinung der Delegierten war geteilt, tendierte aber eindeutig stärker zum Investitionsboykott. Die eine Gruppe wollte

durch den Besitz von Aktionärsrechten auf den Hauptversammlungen die rassistischen Strukturen zu bessern suchen, die andere hielt diesen Weg für aussichtslos und empfahl, alle Anteile in Firmen mit direkter Geschäftsverbindung zu Südafrika zu verkaufen, um so auf das Unrecht aufmerksam zu machen. Der Zentralausschuß gab schließlich dem Finanzdirektor Anweisung, die Anteile zu verkaufen und forderte die Mitgliedskirchen auf, ihren Einfluß in der gleichen Richtung geltend zu machen. Der Finanzausschuß hatte zu dem mit großer Mehrheit gefaßten Beschluß vorher die Befürchtung geäußert, daß er unwirksam bleibe. Auch der Rat der EKD hatte sich bereits vor der Zentralausschußsitzung dagegen ausgesprochen, das wirtschaftliche Engagement in Südafrika aufzugeben, zumal auch einige einheimische afrikanische Kirchenführer diese Politik nicht billigten, unter ihnen einer der Präsidenten des ÖRK, Bischof Zulu. Bischof Scharf stimmte erst für den Beschluß des Zentralausschusses, nachdem er noch einmal darauf hingewiesen hatte, daß in Addis Abeba die Möglichkeit verschiedener Maßnahmen offengehalten worden war und auch der Beschluß dies nicht ausschloß.

Unbeantwortet blieb die Frage, ob es wirkungsvoll ist, wenn eine Gruppe von Kirchen ihre Investitionen zurückzieht und damit protestiert und die andere ihre Anteile behält — also wohl auch weitere dazu kauft —, um in den Hauptversammlungen der Banken und Wirtschaftsunternehmungen ihren Einfluß zugunsten der minderberechtigten Mehrheit geltend zu machen. Die Vorstellung, daß fremde Wirtschaftsunternehmungen — und in südafrikanischen werden die Kirchen kaum investieren — mit innerbetrieblichen Maßnahmen die staatlich verordnete Rassentrennung unterlaufen können, zeugt von einer grotesken Verkennung der südafrikanischen „Rechtslage“. Auch aus wirtschaftlichen Überlegungen wird ein solches Unternehmen beim besten Willen nicht in der Lage sein, die allgemeine Lohnstruktur zu durchbrechen, ohne seine Existenz zu gefährden. Mit den „multiplen Strategien“ von Addis Abeba war sicher nicht gemeint, daß sich die Maßnahmen der Kirchen faktisch gegenseitig aufheben. Das aber läßt der Beschluß von Utrecht über die Investitionen zu. Die Investitionen des ÖRK sind relativ gering. Von den Kirchenvertretern aus den USA, die für den Erfolg oder Mißerfolg dieser Maßnahme entscheidend sein dürften, haben sich die maßgeblichen Kirchenführer der Lutherischen Kirche von Amerika und der Episkopalkirche gegen den Boykott ausgesprochen. Der Erfolg der Aktion muß auch aus diesem Grund zurückhaltend beurteilt werden. Über die politischen Stellungnahmen läßt sich sonst aber urteilen, daß eine sachliche und realistische Linie eingeschlagen wird, die im Falle des Sudan-Konflikts seine ersten Früchte gezeigt hat. KKIA hat dort anerkanntermaßen zur Befriedung des Gebiets einen wesentlichen Beitrag geleistet.

## 5. Drei Generalsekretäre

Der Ehrenpräsident und erste Generalsekretär des ÖRK Dr. Willem A. Visser 't Hooft, der amtierende Generalsekretär Dr. Eugene Carson Blake und der gewählte Nachfolger Dr. Philip A. Potter waren in Utrecht anwesend. Die Kontinuität der ökumenischen Bewegung scheint gewahrt. Visser 't Hooft hat nach wie vor sein Büro im Ökumenischen Zentrum in Genf und will es behalten. Blake wird nach der Amtsübergabe am 1. November d. J. in die Vereinigten Staaten zurückkehren und hat nicht vor, sich als 66jähriger zur Ruhe zu setzen, ihm stehen mehrere Posten offen. Potter ist kein Neuling auf der ökumenischen Szenerie, er wird aus dem Büro in der Abteilung für Weltmission in das des Generalsekretärs überwechseln. Da er Visser 't Hooft als seinen ökumenischen Vater betrachtet, wird dessen Anwesenheit im Gebäude für ihn wohl keine Belastung darstellen, zumal sich Visser 't Hooft zurückhält. Übrigens hat er als Ehrenpräsident, den es nach der Verfassung des ÖRK nicht gibt, kein Stimmrecht, aber er beeinflusst die theologische Linie des ÖRK noch immer erheblich. In Utrecht war das am Stichwort des Kreuzes zu sehen, das aus seiner Eröffnungspredigt den Weg in die verschiedensten Äußerungen in der Diskussion fand. Die ökumenische Bewegung wird sich jedoch allmählich daran gewöhnen müssen, ihren Weg auch ohne diese Führung zu finden. Blake hat sich verabschiedet, er hat den ÖRK in einer schwierigen Periode geleitet. Der hierarchisch-familiäre Führungsstil von Visser 't Hooft wurde durch einen demokratischen Prozeß ersetzt, der deutlich an der Ausweitung der „Gruppe leitender Mitarbeiter“ (Staff Executive Group) abzulesen ist. Er war kommunikationsfreudiger, wurde dadurch allerdings auch öfter falsch gedeutet. Die Beziehung zu den deutschen Kirchen war von Anfang an schwierig, weil auf beiden Seiten bei den entscheidenden Leuten die Sprachkenntnisse fehlten. Blake hatte sich vor Antritt seiner Genfer Stellung viel Mühe gegeben, noch Französisch zu lernen, konnte es dann aber kaum anwenden.

Blake kam aus einer großen amerikanischen Kirche, er hatte die Vereinigte Presbyterianische Kirche in den USA geleitet und war als solcher lange Mitglied des Zentralausschusses des ÖRK und zeitweilig Vorsitzender des Ausschusses für zwischenkirchliche Hilfe, Flüchtlings- und Weltdienst gewesen, er kannte die kirchliche Verwaltung, er kannte auch den ÖRK, allerdings nicht in allen seinen Arbeitsbereichen gleich gut. Blake gehörte nicht zu der ökumenischen Gruppe, die aus dem Christlichen Studentenweltbund herkam, zu der sowohl sein Vorgänger wie sein Nachfolger zählen. Seine persönlichen Beziehungen gingen vorwiegend in die USA, wenn auch die Beteiligung an einer Delegation des ÖRK nach der Sowjetunion und zahlreiche Reisen ihm weitere Kontakte schufen. Seine Aufmerksamkeit im Genfer Büro — er war häufig auf Reisen — galt Struktur und Administration; einer der ersten Schritte, die er

unternahm, war eine finanzielle Aufbesserung der Bezüge seiner Mitarbeiter und einer der letzten die Entlassung von einigen Kräften, die im ÖRK zwar lange, aber nicht immer effektiv gearbeitet hatten. Sein Führungsstil war persönlich, und wenn er in seinem Büro war, konnte ihn jeder seiner Mitarbeiter auch erreichen. Sein sachliches Interesse wandte sich vorwiegend den aktionsorientierten Abteilungen zu. Gleichzeitig war er sich aber über die Notwendigkeit der Arbeit von Glauben und Kirchenverfassung klar, und er hat die Tatsache, daß mit seiner Ernennung zum Generalsekretär auch eine Programm-entscheidung gegen das Schwergewicht von Glauben und Kirchenverfassung im ÖRK getroffen worden war, nicht falsch verstanden. Er hat die Bedeutung der theologischen Arbeit für den ÖRK noch einmal in seinem letzten Rechenschaftsbericht in Utrecht unterstrichen. Dort legt Blake auch noch einmal Zeugnis davon ab, wie hoch er die Zusammenarbeit mit der römisch-katholischen Kirche einschätzt, auch wenn sie augenblicklich keine sichtbaren Früchte bringt. Er spricht von der Zeit der Verantwortung, von dem Hier und Jetzt der Entscheidungen, in denen Eugene Carson Blake sich bewährt hat.

Mit Philip Potter, dem westindischen methodistischen Pastor und Missionar, wird zum erstenmal ein Nichtweißer den Posten des Generalsekretärs übernehmen. Auch als Sekretär der Methodistischen Missionsgesellschaft in London und als Direktor der Abteilung für Weltmission und Evangelisation war Potter in einer solchen Pionierrolle. Potters Begegnung mit der ökumenischen Bewegung datiert zurück auf 1947, als er zusammen mit dem heutigen Zentralausschußvorsitzenden M. M. Thomas und anderen jetzigen Kollegen an der Weltjugendkonferenz teilnahm. Er kam damals von London nach Oslo, als Jamaicaner bezeichnet, wo er vorher das theologische Studium betrieben hatte, ist aber auf der Insel Dominica, einem britischen Besitztum zwischen den französischen Inseln Guadeloupe und Martinique, 1921 geboren. Nach Oslo war er 1948 Sprecher der Jugenddelegation in Amsterdam während der Gründung des ÖRK. Mitarbeit im Jugendausschuß, Exekutivsekretär des Jugendreferats, Vorsitzender des Christlichen Studentenweltbunds (1960—1968), Direktor der Abteilung für Weltmission und Vorsitzender der Programmeinheit I des ÖRK sind wichtige Stationen seines Lebens in der Ökumene. Er ist Pfarrer, hat als Missionar in Haiti gewirkt (1950—1954), war Missionssekretär und hat 1971 von der Universität Hamburg den theologischen Ehrendoktor erhalten. Er ist ein Mann der Predigten und der Bibelstudien, aber er fordert gleichzeitig, die Bibel und die Zeitung nebeneinanderzulesen. Potter hat in seiner reichen ökumenischen Vergangenheit die ganze Welt bereist, er bringt in jeder Hinsicht umfassende Kenntnisse mit.

Philip Potter hat seinen Posten in einem schwierigen Augenblick zwischenkirchlicher Beziehungen übernommen. Die Telegramme an Blake und Potter,

die Kardinal Villot im Auftrag des Papstes gesandt hat, sind voll Dank für das Vergangene und voller Segenswünsche, aber sie sagen nichts über die zukünftige Zusammenarbeit. Potter hat als Jugendsekretär einmal von der Bedeutung des Gehorsams gegenüber dem Herrn der Geschichte gesprochen. Verpflichtung und Gehorsam waren auch die Begriffe, die die Debatte in Utrecht beherrscht haben. Dort sagte Philip Potter in der kurzen Ansprache nach seiner Wahl zum Generalsekretär, daß die christliche Einheit im Kreuz begründet ist: „Je näher wir dem Kreuz kommen, desto enger kommen wir untereinander zusammen.“